Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.40 Mark; bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark; bei der Post bestellt vierteljährlich 18.— Mark, monatlich 6.— Mark. / Erscheint werktäglich.

Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 1.— Mark, auswärtige Anzeigen 1.20 Mark, Reklamepetitzeile 3.60 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags.

Nr. 275 — Sonnabend, den 26. November 1921 — 16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der preußische Minister des Innern Severing hat dahin entschieden, daß der Zentrumsabgeordnete Geheimrat Bitter auch weiterhin auf dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien bleiben soll.

•

In amerikanischen Finanzkreisen will man zu Anfang nächsten Jahres eine besondere Konferenz zwecks Behandlung der Reparationsfragen und der interalliierten Schulden veranstalten.

•

Der englische Außenminister richtete in einer Rede bemerkenswerte Warnungen an Frankreich.

•

Ein Teil der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz ist der Ansicht, daß jedes Uebereinkommen über die Rüstung zur See die Gestalt eines Vertrages, aber nicht nur eines Einvernehmens haben müsse.

Bekämpfung der Valutakatastrophe?

W. W. Allem Anschein nach haben leider diejenigen Recht, die die gegenwärtige Entwertung der deutschen Valuta nicht für vorübergehend halten. Man muß also damit rechnen, daß die Mark im Auslande jetzt nur noch den 4. oder gar 5. Teil der Kaufkraft hat, die sie im Sommer dieses Jahres besessen hatte. Was das für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, ist der breiten Oeffentlichkeit bisher noch lange nicht klar genug geworden. Man empfindet schmerzlich die neue Teuerungswelle, die über Deutschland dahin geht, man empört sich über den Ausverkauf durch das Ausland, durch den uns Deutschen die Waren entzogen und die Preise verteuert werden, — aber man denkt nur selten daran, daß dies erst der Anfang einer weiteren Preissteigerung sein muß, wenn die deutsche Valuta sich nicht bessert; denn — das ist der ausschlaggebende Faktor — die jetzige niedrige Kaufkraft, die die Mark im Auslande besitzt, ist im Inlande bisher nur zum Teil wirksam geworden. Bei uns sind in den letzten Monaten die Preise im Durchschnitt um etwa 50—100 Prozent gestiegen; auf dem Weltmarkt aber muß man jetzt, wenn man den Preis in Mark ausdrückt, 400—500 Prozent mehr als im Sommer bezahlen.

Nun können die deutschen Inlandspreise keine von den Weltmarktpreisen unabhängige Entwicklung nehmen. Sie steigen zwar nicht gleichlaufend mit einer Valutaverschlechterung und passen sich ihr vielleicht sogar nicht restlos an; aber sie werden durch sie doch in sehr hohem Maße beeinflußt. Unser Wirtschaftsleben ist nämlich durch unzählige Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden selbst in dem von der Weltwirtschaft abgeschnittenen Rußland haben die Preise eine schwindelnde Höhe erreicht. Wichtige Zweige der deutschen Industrie sind auf den Bezug ausländischer Rohstoffe angewiesen, z. B. auf Kupfer und Baumwolle. Gelangen später Fabrikate aus Rohstoffen, die zu den jetzigen Preisen importiert sind, zum Verkauf, so müssen natürlich auch die Verkaufspreise entsprechend hoch sein. Aber nicht genug: Gewaltige Mengen von Lebensmitteln werden aus dem Auslande bezogen, um die deutsche Bevölkerung zu versorgen; denn die deutsche Landwirtschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, sämtliche benötigten Nahrungsmittel hervorzubringen, — zumal durch den Versailler Vertrag wertvolle agrarische Ueberschußgebiete verloren sind. Kann es da wundernehmen, daß mit der Geldentwertung auch die Preise für die Nahrungs- und Genußmittel die aus dem Auslande stammen, steigen! Es sei hier als Beispiel an die Kolonialwaren erinnert oder an die Margarine, deren Rohstoffe fast sämtlich eingeführt werden müssen. Gerade bei diesen Waren ist ja auch den breitesten Schichten der Bevölkerung die Preissteigerung bisher am deutlichsten zum Bewußtsein gekommen, — und doch darf man nicht vergessen, daß die jetzt zum Verkauf gelangenden Waren noch aus Rohstoffen hergestellt sind, die vor dem Riesensturz der Mark in den letzten Oktobertagen importiert worden sind. Aber auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Deutschlands werden zum großen Teil in ähnlicher Weise wie die industriellen von der Geldentwertung betroffen. Die deutsche Landwirtschaft ist auf zahlreiche ausländische Produktionsmittel — wie Futtermittel, Phosphorsäuredünger u. a. — angewiesen. Immerhin ist sie nicht in demselben Maße wie viele Industriezweige vom Weltmarkt unmittelbar abhängig; daher steigen ihre Erzeugnisse auch nicht so schnell im Preise wie andere Produkte. Anderseits muß aber bei fortschreitender allgemeiner Geldentwertung auch die Landwirtschaft höhere Preise für Arbeitslöhne sowie Produktionsmittel deutschen Ursprungs — Düngemittel, Kohlen, elektrische Kraft, Maschinen usw. — bezahlen und ihre Preise entsprechend heraufsetzen.

Angesichts dieser Sachlage ergibt sich die Frage, wie sich die fortschreitende Verschlechterung der Valuta und damit die Preissteigerung verhindern läßt. Durchgreifendes kann man nicht schaffen, solange auf Deutschland die Bedingungen des Versailler Vertrages, zumal die Reparationszahlungen, lasten. Aber eine Hemmung der Geldentwertung und vor allem eine weitsichtige Maßnahme für eine Zeit, wo Deutschland nicht mehr für das Ausland arbeiten muß, besteht in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Durch solche wird wird nicht nur die Handels- und Zahlungsbilanz günstiger gestaltet, sondern auch ein ideeller Wert für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage durch das Ausland geschaffen, wodurch wenigstens einer weiteren Geldentwertung entgegengearbeitet wird. Die Durchführung dieser Produktionssteigerung ist in erster Linie Sache der Landwirtschaft selbst, sie darf aber nicht durch wirklichkeitsfremde Erlasse vom grünen Tisch gehemmt werden.

Glänzende Vereinsamung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es gab eine Zeit, in der unter dem Zwange der Tatsachen die englischen Staatsmänner das Wort von der splendid isolation prägten. Das war jene Zeit wo England nach einem Einvernehmen mit Deutschland strebte, sich aber nicht der franko-russischen Allianz an den Hals werfen wollte. Die Gegensätze zu Rußland überwogen aus Gründen der Besorgnis um die asiatischen Besitzungen Englands, und Frankreich trieb in Afrika eine England gefährlich erscheinende Expansionspolitik. Damals hat Deutschland den Fehler begangen, die Verständigung mit England abzulehnen, sich aber auch sonst nichts zu sichern obwohl der Dreibundvertrag wegen der Haltung Italiens und dem Zerfall Oesterreich-Ungarns täglich brüchiger wurde. England hat sich trotz der stolzen Sorache Joe Chamberlains nie wohl in der glänzenden Vereinsamung gefühlt, und es hat sie sehr bald selber aufgegeben durch die Anlehnung an Frankreich und Rußland. Nach dem Weltkrieg steht die Entente jetzt vor ihren schwersten Prüfungen. Frankreich treibt eine offen imperialistische und militaristische Politik. Das Land, das Amerika allein fünf Milliarden Dollar schuldet, ohne dafür auch nur einen Pfennig Zinsen zu zahlen, will gleichzeitig nicht nur Riesenheere unterhalten, sondern strebt auch noch nach einer starken Flottenmacht. Aber seine Verbündeten sind in einer peinlichen Lage. Die englische Kriegspropaganda samt ihren amerikanischen Tochtergesellschaften haben während des Krieges die ganze Welt mit den französischen Lügen vom deutschen Ueberfall überschwemmt. Jetzt nutzt Frankreich die so geschaffene Weltstimmung rücksichtslos für seine Rüstungszwecke aus. Lord Curzon ist jetzt in seiner Rede viel deutlicher geworden als die britischen Delegierten auf der Washingtoner Konferenz. Er droht, mahnt und warnt. Er schildert Frankreich die Gefahren einer splendid isolation. Er will überall ein gemeinschaftliches Vorgehen. Nur so glaubt man das imperialistische Frankreich an die Leine legen zu können.

Die Sorge des britischen Außenministers ist nur zu berechtigt. Frankreich hat jetzt im nahen Orient durch sein Sondervorgehen ein Abkommen mit den Angoratürken getroffen, das einen schweren Schlag gegen die Engländer bedeutet. Aber man kann nicht behaupten, daß dort, wo die Entente an einem gemeinschaftlichen Vorgehen festhält, nun Frankreich irgendwie gezügelt würde. Der beste Beweis dafür ist die oberschlesische Entscheidung. Wie haben die englischen Blätter sich erst gegen Frankreich ausgesprochen. Die englische Presse war es, die die ersten Enthüllungen über das französisch-polnische Geheimabkommen brachten. Lloyd George verkündete das ehrliche Spiel und setzte sich mit seiner Autorität in einer Rede für das Verbleiben des ungeteilten Industriegebiets bei Deutschland ein. Aber England wich dann doch zurück, und heute liegen die Dinge so, daß es für uns weitaus besser wäre, wenn jene Entscheidung, die wir als einen frivolen Bruch des Friedensvertrages empfinden müssen, allein gewalttätig von Frankreich entschieden worden wäre, als daß sie durch einen Schein des Rechts von der alliierten Botschafterkonferenz und dem Völkerbundrat gedeckt wird. Was also hat es für einen Sinn, nach gemeinschaftlichem Vorgehen zu rufen, wenn man sich in der Gemeinschaft dann doch jedem auch noch so ausschweifendem Verlangen Frankreichs fügt? Die Erfolge des gemeinschaftlichen Vorgehens sind bisher in Wahrheit gleich Null gewesen. Lord Curzon weiß auch nur zwei Beispiele anzuführen, zu denen man obendrein sagen muß, daß sie geradezu unglücklich gewählt sind. Der englische Außenminister ist der Meinung, daß der russische Vormarsch gegen Warschau im vorigen Jahr gescheitert sei, weil die Entente keine Vernichtung Polens zugelassen haben würde. Es ist doch reichlich kühn, bei den russischen Roigardisten diese politische Erkenntnis anzunehmen. Schließlich nimmt Lord Curzon für die Entente-Gemeinschaft in Anspruch, Karls Staatsstreich am Erfolg gehindert zu haben. Auch das ist eine willkürliche Behauptung, der jede Beweiskraft fehlt. Die große Entente trieb im Gegenteil ein Spiel, das von dem Exkaiser als Ermunterung gedeutet wurde und nur die reale Bedrohung durch die unmittelbaren Nachbarn der Kleinen Entente veranlaßte die ungarische Regierung zu einem energischen Handeln. Lord Curzon sollte endlich die Gründe für Frankreichs Vorgehen in der englischen Politik suchen. England läßt Frankreich am Rhein schalten und walten, es erträgt politische Mißerfolge und greint über die Sonderbündeleien des wahnwitzig gewordenen Militärstaates. Auch Amerika hat nicht gewagt, Briand offen entgegenzutreten. Freilich hat man sich gehütet, die Garantieerklärungen zu geben, die Briand als Voraussetzung für eine Rüstungsverständigung bezeichnete. Auch Amerika will sich nicht desavouieren. Es hat den Krieg für seine Rüstungsinteressenten in einen Kreuzzug umgelogen und jetzt scheut man vor dem Eingeständnis der eigenen Fehler und Sünden. Nur allmählich bricht sich die Wahrheit in der Welt Bahn. Es ist bedauerlich, daß die deutschen Nationalisten diesen Prozeß durch ihre Agitation fortwährend hemmen. Hat doch auch Briand seine Washingtoner Rede im wesentlichen mit dem Material bestritten, das Ludendorff und Genossen ihm täglich lieferten. Dennoch glauben wir, daß die Entente an Frankreichs Gewaltpolitik eines Tages so bittere Enttäuschungen erleben wird, daß noch bedeutend entschiedenere Worte nötig werden, als sie jetzt Lord Curzon gefunden hat. Frankreich marschiert zwar nicht in eine glänzende, aber in eine moralische Vereinsamung hinein, und es ist nur die Frage, ob die demokratischen Kräfte in seinem Lande den Lauf hemmen können, bevor der Imperialismus seiner jetzigen Regierung eine neue Katastrophe anrichtet.

Die Wüstenwanderung.

Erkelenz über die Ziele der Demokratie.

Abgeordneter Erkelenz, der in Bremen zum Vorsitzenden des demokratischen Parteivorstandes gewählt wurde, setzt sich im Demokratischen Zeitungsdienst mit den Ergebnissen des Parteitags auseinander. Den Kernpunkt erkennt er richtig, indem er die Frage Wüstenwanderung oder heroischer Untergang? stellt. Sollen wir uns so fragt er, dem rachsüchtigen Feinde zuliebe zum Beispiel eines großen Teiles unseres Besitzes, des Restes unseres Reichtums, der erreichten Kulturhöhe unserer Lebenshaltung entäußern, damit das Reich gerettet wird? Oder sollen wir das Reich und unsere ganzen Staatseinrichtungen schlimmstenfalls zerfallen lassen lassen, aber dabei vielleicht unseren Privatbesitz retten, damit dereinst aus ihm eine neue staatliche Auferstehung möglich werde? Die Antwort formuliert er folgendermaßen:

1. Wir wollen Deutschland und das deutsche Volk nicht in einer heroischen Torheit zerstören. Mit Selbstbewußtsein und Kraft gehen wir hinein in die Wüstenwanderung, die uns von Oberflächlichkeit und Phrase reinigen soll. Wir wählen zielklar den uns vom Schicksal diktierten Werkeltag der deutschen Geschichte, den Werkeltag harter Erneuerungsarbeit und Zukunftshoffnung.

2. Wir halten auch in schwerster Stunde den Volks- und Staatsgedanken hoch gegenüber aller Ichsucht des einzelnen. Wir geben Deutschland und das Reich nicht verloren. Wenn unser Glaube an das Volk zu stark sein sollte, dann wollen wir mit dem Volk zugrunde gehen, nicht aber verzagen und dem einzelnen erlauben, sich und sein bißchen Mammon in Sicherheit zu bringen.

3. Wir wollen die gemäßigte Arbeitnehmerschaft noch mehr als bisher mit dem Volk und dem Staat aussöhnen. Den Klassenkampf von oben und unten wollen wir überwinden durch die Einheit von Volk und Staat. Ohne Opfer, ohne eine geistige Neueinstellung aller Volksklassen ist das nicht zu erzielen.

4. Wir lehnen den Autoritätsglauben, die Knechtesgesinnung des alten Klassenstaates, die Monarchie ab. Wir lehnen ebenso ab die Massenverhimmelung und Vergötterung, die Unterwerfung unter das Geschrei der Toren. Unser Ziel ist ein freies, selbstverantwortliches Volk, das dem freigewählten Füh-